

Mündliche Fragen der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
in der Kontrollsitzung von Ausschuss I am 14. März 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Frage von Frau KLINKENBERG (ProDG) an Herrn Ministerpräsidenten PAASCH zu den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Justiz

Nachdem die Arbeitsgruppe Justiz Empfehlungen zur Umsetzung der Staatsreform in diesem Bereich erarbeitet hat, stellt sich die Frage, wie nun nach Vorlage des Berichts die weitere Vorgehensweise aussieht. Daher meine Frage: *Wie sehen die diesbezüglichen Pläne der Regierung aus?*

Antwort von Ministerpräsident Paasch:

Am 20. November 2014 haben wir die Arbeitsgruppe „Justiz“ eingesetzt, mit dem Auftrag Empfehlungen zur zukünftigen Ausrichtung der Politik im Rahmen der neuen Zuständigkeiten, die das Justizwesen betreffen, zu erarbeiten.

Die Arbeitsgruppe hat 9 Mal getagt und Ende 2015 Empfehlungen ausgearbeitet. Der Bericht wurde ein letztes Mal in der Sitzung vom 26. November 2015 diskutiert.

Anfang Januar 2016 wurde auf Anfrage der Mitglieder der AG ein externes Gutachten bei Staatsrechtler Prof. Dr. Behrendt in Auftrag gegeben mit der Frage, inwiefern eine Vertretung der Behörden der DG im zonalen Sicherheitsplan garantiert und inwiefern die strukturelle

Kommunikation zwischen den Behörden, die auf für die Umsetzung der Sicherheitspläne verantwortlich sind, gewährleistet werden kann.

Die Schlussfolgerungen des Gutachtens vom 27. Januar 2016 wurden den Mitgliedern der AG mitgeteilt und entsprechend in den Bericht eingefügt. Der endgültige Bericht wird der Regierung in Kürze (*am 17. März*) zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Die Empfehlungen sind in Teil III des Berichtes nach folgenden Themenbereichen aufgeführt und erläutert:

1. Empfehlungen zur Gestaltung der Aufgabenbereiche des Justizhauses
2. Empfehlungen zur Organisation der elektronischen Überwachung
3. Empfehlungen zur zukünftigen Gestaltung des Jugendstrafrechts
4. Empfehlungen zur Organisation des ersten juristischen Beistands
5. Empfehlungen zur Beteiligung an der Ausübung der Strafverfolgungspolitik

Der Bericht der Arbeitsgruppe Justiz bietet der Regierung, dem Parlament, allen Interessensvertretern und Entscheidungsträgern die Möglichkeit, weitere Vorschläge zu formulieren und Reaktionen zu äußern.

Die Regierung wird die Empfehlungen jedenfalls ernst nehmen und bestmöglich in ihrer Politikgestaltung berücksichtigen.

Wie gesagt, der Bericht wird uns in der kommenden Regierungssitzung vorgelegt. Wir werden dann auch über die weitere Vorgehensweise und den Zeitplan beraten.